

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2002)

Heft: 4: Wasserzinse unter Druck

Artikel: Ökologische und soziale Leitplanken setzen

Autor: Glauser, Heini

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ökologische und soziale Leitplanken setzen

Das EMG ist gescheitert. Obwohl alle bürgerlichen Parteien, die *economiesuisse* und der VSE diese Vorlage als optimale Konsenslösung unterstützten. Jetzt heisst die Devise: Gutes verbessern, Schlechtes ersetzen! In einem Stromversorgungsgesetz müssen ökologische und soziale Leitplanken gesetzt werden.



Von Heini Glauser,
Energieingenieur

Offensichtlich herrscht nach einem Jahrzehnt von Liberalisierungen und viel Geschrei um den «freien Markt» grosse Ernüchterung. Die neuen Auswahlmöglichkeiten und -pflichten, bei den Krankenkassen, bei den Telekommunikationsanbietern, bei den Internetprovidern und bei vielem anderen mehr, sind perfid. Auf Anbieter-Seite müssen die vermeintlich billigsten Preise ausgewiesen oder mit neuen, oft sinnlosen, Zusatzleistungen zusätzliche Kunden angeworben werden. Auf Kundenseite wird immer mehr Zeit für Information, Verglei-

che und Anbieterwechsel benötigt, meist mit wenig dauerndem Nutzen. Oft entscheidet nicht das Sein, sondern der Schein über den Erfolg der konkurrierenden Anbieter. Das Resultat ist ernüchternd. Weniger und zunehmend dominantere Anbieter (Fusionen, Konzentration und Betriebsschliessungen); Hektik; aggressives Marketing statt Qualität; Verlust vieler Arbeitsplätze und Unsicherheit. – Das Nein zum EMG ist hauptsächlich ein Nein zu einer solchen Entwicklung.

Gutes verbessern, Schlechtes ersetzen

Die lokalen und regionalen Elektrizitätswerke bieten seit Jahrzehnten eine sehr hohe Versorgungsqualität. Stichworte sind: konstante Spannung, praktisch keine Unterbrüche, sichere Anlagen und schnelle Fehlerbehebungen. Gut

qualifiziertes Personal, regelmässiger Unterhalt der Netze und eine gesunde finanzielle Basis, der noch mehrheitlich in Gemeindebesitz befindlichen EWs sind die Trümpfe. Die durchschnittlichen schweizerischen Stromtarife entsprechen, entgegen anderer Behauptungen, dem Mittel unserer vier Nachbarländer und sie liegen auch gegenüber der EU im Mittelfeld. Im Strommarkt heisst die Forderung jetzt: Gutes verbessern und Schlechtes ersetzen. Dass dabei auf die Entwicklungen und Beschlüsse der EU geachtet werden muss, ist klar.

1. Strompolitische Ziele setzen

Die Jahresberichte vieler EWs zeigen die Hauptschwäche aus umwelt- und energiepolitischer Sicht. Der Erfolg wird noch immer an der Menge des umgesetzten Stromes gemessen. Effizienter Stromverbrauch und erneuerbare Energien fristen vielerorts noch ein Schattendasein und werden sogar als Hindernisse für den Geschäftserfolg angesehen. Je höher der Stromverbrauch, desto tiefer liegt der mittlere kWh-Preis. Eine positive Ausnahme bilden hier die ewz-Stromtarife in der Stadt Zürich.

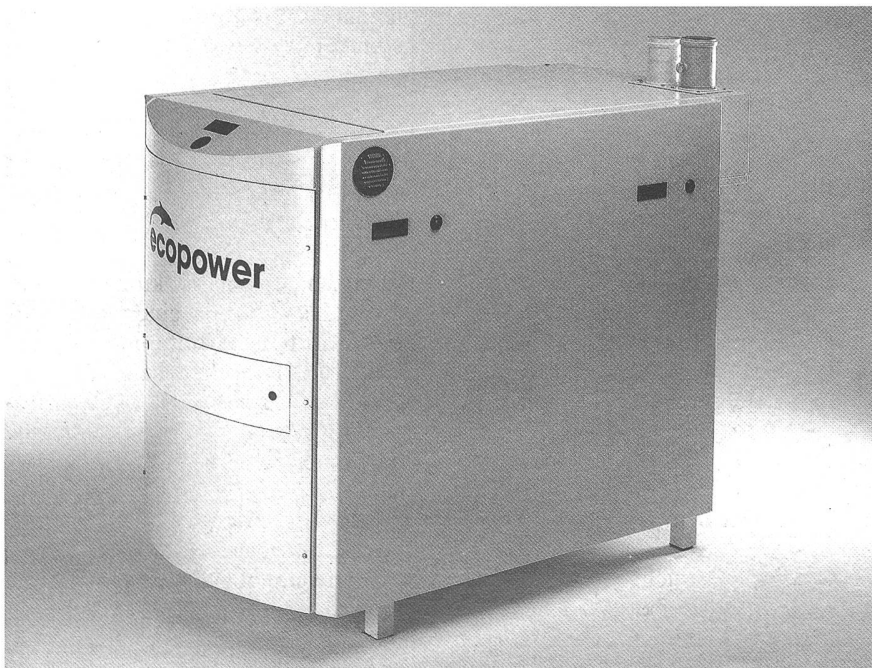
Mit der beschlossenen Beibehaltung der lokalen Gebiets-Versorgungsmonopole ist es dringend notwendig, die heutigen Versorgungsqualitäten mit den energiepolitischen Zielen, Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien, zu kombinieren.

Zu einem entsprechenden Leistungsauftrag gehören:

- Tarife, die den sparsamen Stromverbrauch fördern;
- Kostendeckende Rücknahme von erneuerbarem und dezentral erzeugtem Strom;
- Eine Quotenregelung, die den Anteil von Strom aus erneuerbaren Quellen vorschreibt und die kontinuierlich gesteigert wird.

2. Übertragungsnetze in die öffentliche Hand

■ Bei den Hochspannungsnetzen ist der Bund besonders gefordert. Dies wurde schon in der Vorbereitung des EMG erkannt, wo der Bundesrat eine unabhängige nationale Netzgesell-



Dezentrale Wärmekraftkopplung: In Deutschland, Dänemark und Holland schon weitverbreitet, in der Schweiz noch ein Fremdwort. Das Bild zeigt, das in der Schweiz entwickelte Mini-BHKW ecopower, das nun von einer in Deutschland produziert wird.

schaft gefordert hatte. Die EU-Wirtschaftsminister haben nun auch die klare Trennung der Übertragungsnetze von den grossen Elektrizitätswerken beschlossen (Mitte November 2002). Bis Mitte 2007 müssen sämtliche Hochspannungsnetze in juristisch unabhängige Gesellschaften ausgegliedert werden. Ausgenommen sind EWs mit weniger als 100'000 Abnehmern. Dies bietet auch für die Schweiz die Chance, eine neue und überzeugende Lösung anzustreben. Mit einer nationalen Netzgesellschaft, im Besitz von Bund und Kantonen und offen für alle Marktteilnehmer, wird ein wesentliches Hindernis für den offenen europäischen Stromhandel, gemäss EU-Beschlüssen, aus dem Weg geräumt. Wie der Bund die Übertragungsnetze übernehmen und in einer eigenständigen Gesellschaft betreiben kann, hat die Energiestiftung im E&U 1/1999 präsentiert.

■ Neben der Trennung des Übertragungsnetzes von Produktion und Handel aus marktwirtschaftlichen Gründen drängt sich ein aktives Handeln des Bundes auch aus anderer Sicht auf. Die Hochspannungsleitungen, die heute zu einem wichtigen Teil dem internationalen Stromhandel dienen, dürfen nicht weiter in den Siedlungs-, Naturschutz- und in Erholungsgebieten betrieben und ausgebaut werden. Notwendig ist hier eine neue langfristige Infrastrukturplanung. Die Transitrassen gehören heute in den Boden und wo möglich in die Nähe anderer Infrastrukturkorridore (z. B. Nationalstrassen, Bahnlinien und NEAT).

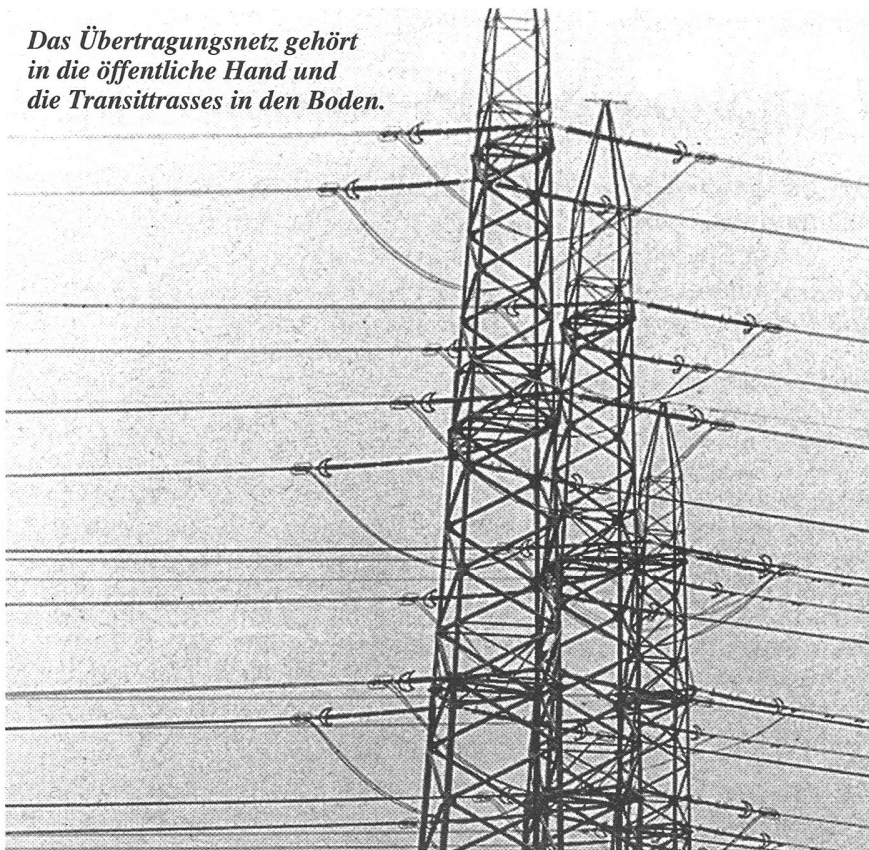
3. Dezentrale statt zentrale Stromproduktion

Bei der Stromproduktion besteht in der Schweiz der grösste Handlungsbedarf. Seit drei Jahrzehnten besteht eine eigentliche Investitionsblockade. Die heutige Überproduktion verhindert jeg-

Strommarktstudie

Die Studie *«Strommarktliberalisierung und Terminmärkte»* von Wolfgang Hafner kann auf der Homepage der Schweizerischen Energie-Stiftung www.energiestiftung.ch heruntergeladen oder bestellt werden.

Das Übertragungsnetz gehört in die öffentliche Hand und die Transitrassen in den Boden.



liche Energiewende. Ökostrom und dezentral erzeugter Strom aus WKK bleiben so teure und überzählige Nischenprodukte. Die politische Fixierung auf zentrale Grosskraftwerke (AKW und grosse Speicherkraftwerke, Dixence und Grimsel) hatte eine fatale Folge. Auf der Strecke blieb während drei Jahrzehnten der Aufbau einer substanziellen, dezentralen und bedarfsgerechten Stromproduktion. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, v. a. Deutschland, Dänemark und Holland, sind dezentrale Wärmekraftkopplung, Windenergie und Solarstromerzeugung immer noch für zu viele «Utopien» oder Fremdwörter. Durch die Vernachlässigung dieser Technologien verpasst die schweizerische Wirtschaft den Anschluss an die wichtigen Zukunftstechnologien, obwohl viel Know-how und viele Pilotanlagen in der Schweiz mitentwickelt wurden.

4. Finanzmärkte und Spekulation bändigen

Ein wichtiger Bereich im Strommarkt und insbesondere in liberalisierten Märkten blieb im EMG vergessen: Die Wirkungen der Finanzmärkte und der intransparenten Termingeschäfte, wie auch die Gefahren von Spekulation. Das Bundesamt für Energie negierte bisher solche Einflüsse auf den Schweizer

Strommarkt, trotz mehrmaligen Hinweisen von unserer Seite. Mehrere Umweltorganisationen und die Gewerkschaften haben solche Einflüsse und Gefahren in einer Studie nachgewiesen (siehe Kasten). Auch die kalifornischen Untersuchungen zur Energiekrise im 2001 belegen diese Zusammenhänge. Auch hier hat der Bund eine wichtige Regulierungsaufgabe, die so schnell wie möglich angegangen werden sollte.

Fazit: Stromversorgungsgesetz mit ökologischen und sozialen Leitplanken

Das eindimensionale Elektrizitätsmarktgesetz, das vor allem einen Preiswettbewerb lostreten wollte und sich mit einigen ökologischen Feigenblättern schmückte, ist gescheitert. Nun brauchen wir ein Stromversorgungsgesetz, das die drei Pfeiler der Nachhaltigkeit einbezieht: die Ökonomie, die Ökologie und die sozialen Kriterien.

Da die Parlamentsmehrheit z. Z. immer noch der veralteten Energieproduktion nachtrauert und vermeintlich «alle Optionen offen halten will», kann eine Änderung der Stromproduktion nur über die Initiativen «Strom ohne Atom» erreicht werden. Voraussichtlich im nächsten Mai können wir die Weiche richtig stellen. □